

Die Bundeswehr – vom Sparzwang befreit



Foto: Angie Ehinger

Auswirkungen eines nach oben offenen Sondervermögens

Mit einer Ankündigung von historischer Tragweite hat Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Regierungserklärung den sicherheitspolitischen Kurs Deutschlands neu justiert: Die Bundeswehr solle zur stärksten Armee Europas werden – ausgestattet mit allen finanziellen, personellen und strukturellen Mitteln, die es dafür brauche. Im Verlauf der kommenden Haushaltsjahre soll das Diktat von US-Präsident Trump nach fünf Prozent Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) umgesetzt werden, davon 1,5 Prozent für Infrastruktur. Die Ära haushaltspolitischer Zurückhaltung ist damit Geschichte. Donald Trumps unverhohlene Drohungen haben gewirkt.

So überfällig es ist, der äußeren Sicherheit unseres Landes angesichts der Weltlage eine angemessene Priorität einzuräumen, so sehr sind die Folgen dieser Neuausrichtung Deutschlands in ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht in den Blick zu nehmen. Was bedeutet diese Kehrtwende in der Praxis? Und ist mehr Geld gleichbedeutend mit mehr Sicherheit?

Grundlegende Haushaltsregeln des sparsamen Umgangs mit Steuergeld dürfen jedenfalls nicht über Bord gehen. Der ausgeglichene Haushalt als Regulativ gilt aber nun mal nicht mehr, Ausgaben werden leichter von der Hand gehen. Ein aktuelles Beispiel macht bereits die Runde: Es sind die zwei Milliarden Euro, die Kanzler Merz mir nichts dir nichts für Patriot-Systeme zugunsten der Ukraine zugesagt hat. Donald Trump stellte deren Lieferung in Aussicht, verweigerte aber die Bezahlung. Friedrich Merz sagte telefonisch die Übernahme der amerikanischen Rechnung zu, während Macron und andere mauerten. Das Scheckbuch, eine verführerische Problemlösung, an die man sich rasch gewöhnen kann. Geld ist ja erst mal genügend da! Der deutsche Verteidigungshaushalt soll jedenfalls bis zum Jahr 2029 auf 153 Milliarden Euro steigen. So wurde es in der ersten Lesung des Wehretats im Bundestag beschlossen. Einhergehen wird dies mit einem drastischen Anstieg der Neuverschuldung des Bundes auf 126 Milliarden Euro in 2029.

Das „Sondervermögen Bundeswehr“ in Höhe von 100 Milliarden Euro war damit nur ein erster, angesichts der neuen Zahlen bescheidener Schritt. Dabei hat sich Deutschland bisher selbst damit schwergetan, die NATO-Zielmarke von zwei Prozent BIP-Anteil zu erfüllen, weil alle anderen Ministerien geblockt haben und der Regierungschef nicht eingegriffen hat. Der Sozialetat steigt auch bei der schwarz-roten Regierung munter weiter. Ergo blieb nur die Sprengung der Schuldenbremse und die Übertragung der daraus entstehenden Lasten auf die Zukunft, sprich auf unsere Kinder- und Enkelgeneration. Und dies trotz weiter sinkender Jahrgangsstärken aufgrund zu niedriger Geburtenraten.

Pistorius und der neue Wehrdienst

In Kontext der Stärkung der Bundeswehr plant Verteidigungsminister Boris Pistorius eine grundlegende Reform des Wehr-

dienstes. Anstatt die klassische Wehrpflicht zu reaktivieren – was auf den Widerstand linker Kreise der schwarz-roten Regierung trifft – soll ein neues Wehrdienstmodell eingeführt werden. Es bleibt vorläufig bei der Freiwilligkeit. Damit sich dennoch genügend junge Menschen verpflichten, soll die

Attraktivität des militärischen Dienstes steigen. Realisiert werden soll dies dadurch, dass die Wehrdienstleistenden laut Pistorius keinen Wehrsold mehr erhalten, sondern als Zeitsoldaten bezahlt werden. Je nach Einstufung dürften damit die Personalausgaben der Streitkräfte drastisch in die Höhe schießen. Die Freiwilligkeit wird den Staat eine Riesenstange Geld kosten, ist doch genügend da scheint die Devise!

Wer aus der Wehrpflicht leichtfertig ein Arbeitsverhältnis macht, entkernt jedoch eine staatsbürgerliche Pflicht, an der es im Spannungs- und Verteidigungsfall auch künftig kein Vorbeikommen geben wird. Denn die Wehrpflicht, einst als Dienst für das Gemeinwohl legitimiert, verkümmert damit zur Berufswahl – mit entsprechenden Rekrutierungsproblemen, falls die Attraktivität des Dienstes nicht wie erwartet steigt und die Bewerberzahlen stagnieren.

Die Sozialdemokraten scheuen offensichtlich das gefürchtete Wort „Pflicht“ wie das sprichwörtliche Weihwasser. Konsequenzen egal, Hauptsache man kommt um die Wehrpflicht herum. Dieser Schritt wird nebenbei die Besoldungsstruktur der Bundeswehr über den Haufen werfen. Die Soldatengewerkschaft Bundeswehrverband wird dafür sorgen, dass das Abstandsgebot der Bezahlung zu Unteroffizieren und Offizieren mit deren höheren Löhnen eingehalten wird. Das Füllhorn neuer Schulden wird auch dies ermöglichen.

Sicherheitspolitisch erpressbar: die wehrtechnische Industrie diktiert

Eine weitere gravierende Konsequenz der über Nacht angesetzten sicherheitspolitischen Neuausrichtung ist nicht zuletzt die wachsende Marktmacht der Rüstungsindustrie. Bei drastisch steigender Nachfrage wird das Angebot an Waffensystemen nur schrittweise zunehmen – ein klassischer Boden für Preissteigerungen. Hersteller wie Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann oder MBDA erhöhen die Preise für Munition, Fahrzeuge und komplexe Waffensysteme teilweise um ein Vielfaches. Die Inflation bei Rüstungsgütern hat längst ihren eigenen Takt.

Eine Ursache dafür sind auch enge Marktgrenzen. Nur wenige Konzerne aus dem eigenen politischen Lager sind anerkannt und fähig, digitalisierungsfähige Panzer, Flugzeuge, Raketenabwehr- oder Drohnensysteme in größeren Stückzahlen zu liefern. Zudem achtet jedes Land auf die Bedürfnisse der eigenen Rüstungsindustrie, was die Verhandlungsmacht zugunsten der Anbieter verschiebt. Die Bundeswehr ist in dieser Konstellation kein klassischer Marktteilnehmer, sondern ein sicherheitspolitisch erpressbarer Akteur. Wenn für Leopard-2-Panzer künftig 10 Millionen Euro mehr verlangt werden, wird es kaum Verhandlungsspielraum geben.

Geld allein stärkt keine Armee

Die Bundeswehr leidet seit Jahrzehnten an strukturellen Defiziten wie veraltete Ausrüstung, überfrachtete Organisationsstrukturen, mangelnde Digitalisierung, sowie ein oft schwerfälliges Beschaffungswesen. Eine wesentliche Rolle spielen dabei allerdings gesetzliche Vorgaben wie europäische Ausschreibung und technische Parameter aus dem zivilen Leben, die weder militärisch verursacht sind noch durch die Beschaffungsmäcker ausgeschaltet werden können. Diese Probleme sind nicht mit Milliardenbeträgen zu lösen – sondern durch politische Reformen, Effizienz und Klarheit in strategischen Zielen. Inwieweit ein künftiges Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr (Bundeswehrbeschleunigungsgesetz) Verbesserungen bringen kann, wird sich zeigen. Durch Ausnahmeregelungen im Vergaberecht soll die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Deckung der Bedarfe der Bundeswehr erleichtert und beschleunigt werden. „Schaun mer mal“, was die Verwaltung draus macht. Sie hat noch immer Wege gefunden, die eigene Bedeutung und damit deren Pfründe zu erhalten. Das Zuschütten mit Steuergeld ist jedenfalls auch bei grundlegenden Schwierigkeiten von Rüstungsprojekten keine empfehlenswerte Lösung. Ein aktuelles Beispiel: Das Kampfflugzeugprojekt FCAS (Future Combat Air System), wurde von interessierter Seite zum Symbol für ein wehrhaftes Europa erklärt, stattdessen steht es inzwischen für die Zerstrittenheit des Kontinents. Es geht um handfeste Interessen der beteiligten Konzerne. Deutschland und Frankreich können sich nicht auf eine passable Arbeitsteilung verständigen. Der französische Dassault-Konzern pocht mit staatlicher Unterstützung auf industrielle Führung bei diesem Prestigeprojekt der europäischen Flugzeugindustrie, das bereits in der Entwicklungsphase Milliarden verschlingt. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron versuchen zu retten, was noch zu retten ist. Den Steuerzahler dürfte das Ergebnis nicht freuen. Man darf darauf wetten, dass zusätzliche deutsche Verteidigungsmilliarden das Entwicklungsvorhaben am Leben halten werden. Ob dies der Leistungsfähigkeit des Systems zuträglich sein wird, ist eine andere Frage. Die Einführung wird nicht vor den 2040er-Jahren erwartet – eine langfristige Vision, die kurzfristig keine operative Wirkung entfalten kann.

Kein Sparen mehr – auch nicht im Inneren

Mit dem sicherheitspolitischen Schub dürfte auch ein innenpolitischer Paradigmenwechsel einhergehen. Der jahrzehntelange Sparkurs bezüglich materieller Ausstattung und Infrastruktur der Zivilverteidigung wird zunehmend als Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung erkannt werden. Der Schuss könnte aber nach hinten losgehen, wenn der Verwaltungsapparat statt Verwaltungsvereinfachung, Bürokratieabbau und Kostenkontrolle neue Wachstumsfelder entdeckt. In den zahlreichen Ämtern und Stäben der Bundeswehr wie auch im BMVg könnten verkleinerte Personalkörper heilsam wirken, eine Beschleunigung der langatmigen Prozesse und Verfahren erzwingen und für die Truppe Soldaten freisetzen. Das Verteidigungsministerium und die angeschlossenen Behörden exerzieren das Gegenteil vor: Die Personalkosten

steigen entgegen vollmundigen Ankündigungen des aktuellen Ministers bei Dienstantritt weiter. Neue Dienstposten und bessere Bezahlung: Die Armee soll attraktiver werden, doch zu welchem Preis? Auch der zivile Apparat rund um das Militär hat was davon: Denkfabriken, Beratungsfirmen, Logistikpartner – sie alle profitieren als Nutznießer von der neuen Wehrhaftigkeit.

Im Übrigen ist der sparsame Umgang mit Steuergeld allerorten so eine Sache. Wie ist zu erklären, dass der Umbau des NATO-Flugplatzes Büchel in der Eifel voraussichtlich drei Mal so viel kosten wird, wie ursprünglich geplant? Ab 2027 sollen dort atomwaffenfähige F-35-Kampffjets stationiert werden. Es ist zu befürchten, dass derartige Horrormeldungen bei einer Rüstung unter politischem Zeitdruck und ohne rechte Konkurrenz zunehmen werden.

Gesellschaftlicher Konsens oder Spaltung?

Schließlich stellt sich die Frage, wie viel gesellschaftlichen Rückhalt diese „militärische Ertüchtigung“ tatsächlich besitzt. Zwar ist das Bewusstsein für sicherheitspolitische Risiken seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gestiegen, doch eine breite gesellschaftliche Debatte über Rüstung, Wehrpflicht und Bundeswehrauftrag steht weiterhin aus. Wie nachhaltig ist aber ein Kurs, der auf kurzfristige Bedrohungsbilder setzt, ohne die langfristige Verträglichkeit zum Maßstab zu erheben?

In einer alternden Gesellschaft, in der soziale Sicherheit, Klimaresilienz und Bildung ebenfalls zu zentralen Zukunftsfragen erklärt werden, muss die neue Prioritätensetzung zu Spannungen führen – politisch wie sozial. Es ist daher unabdingbar, notwendige militärische Investitionen in ein Gesamtkonzept der Sicherheits- und Außenpolitik einzubetten, das nicht nur auf Panzer, Digitales und Raketen setzt, sondern auch auf Krisenprävention und Resilienz der Gesellschaft.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Bundeswehr soll „zur stärksten Armee Europas“ werden – ist ein ambitioniertes Ziel, das politisch klare Signale setzt. Doch die Realität ist komplex. Ein nahezu unbegrenzter Mittelzufluss allein wird die strukturellen Probleme nicht lösen, im Gegenteil. Rüstungspolitik darf nicht zu Investitionsentscheidungen ohne Kompass verkommen. Und Sicherheit entsteht nicht allein durch Waffen, sondern durch kluge Strategie und internationale Kooperation. In unserem vernetzten und modernen Gemeinwesen müssen klare Prioritäten gesetzt werden, die gesellschaftliche Teilhabe darf dennoch nicht zu kurz kommen. Der Weg zur Wehrhaftigkeit ist jedenfalls kein Sprint, sondern ein mehrjähriger Dauerlauf – der mit Bedacht und Konsequenz gegangen werden muss.

Demokratien haben lange Entscheidungswege und sind auf den Ausgleich von Interessen bedacht, eine Kommandowirtschaft mit zentraler Steuerung tut sich leichter im Halten eines einmal eingeschlagenen Kurses. Die Regierung muss der Bevölkerung die Notwendigkeit neuer Prioritäten geduldig erklären, der äußeren Sicherheit die notwendige Priorität einräumen und trotz aller Milliardenbeträge sparsam wirtschaften. Es kreiste der Berg, er darf nicht nur eine Maus gebären.¹

In Treue fest!



Richard Drexel
Oberst a.D.